

## Die G-20 in London: Twitter-Gipfel oder historische Wende?

Der Weltfinanzgipfel vom 2. April in London war sicher das erste Gipfeltreffen mit Twitter-Nachrichten aus dem Konferenzzentrum. Doch trotz des atemlosen Micro-Bloggings aus dem Inneren des Gipfelgeschehens kann dieses Treffen als historische Wende gelten. Nicht deshalb, weil die G-20 auf diesem Gipfel die Weltfinanzkrise beendet hat – sie hat es nicht und man durfte es auch nicht erwarten. Wenn diesem Gipfel historische Bedeutung zukommt, dann deshalb, weil auf ihm offiziell die Nachkriegsordnung mit der Dominanz der atlantischen Ländergruppe beendet und eine neue Ära der Global Governance angestoßen wurde. China, Indien und eine Handvoll anderer aufstrebender Länder haben nun unwiderruflich die Schwelle zum Zentrum der globalen Macht überschritten; von nun an sind sie Partner auf Augenhöhe. Die G-8 mag sich weiterhin treffen – das Juli-Treffen in La Maddalena wird mit Sicherheit wie geplant durchgeführt – doch ab jetzt ist es offiziell, dass dieser bis dato exklusive Club der Reichen und Mächtigen die Probleme der Welt nicht mehr allein lösen kann. Die Geometrie der Globalisierung ist unwiderruflich komplexer geworden.

Auch die Ergebnisse des Gipfels können sich sehen lassen. Selbst ein langjähriger Kritiker der Entwicklungspolitik der Industrieländer wie Jeffrey Sachs zeigt sich zufrieden und meint, dass der Gipfel die Erwartungen übertroffen habe. Die Ergebnisse sind in einem umfangreichen Abschluss-Communiqué und einer Reihe von ergänzenden Dokumenten zusammengefasst, die auf der Webseite des Gipfels zu finden sind (<http://www.londonsummit.gov.uk/en/summit-aims/key-documents/>). In großen Zügen war das Abschluss-Communiqué schon vor dem Gipfel bekannt geworden. Dies ist wenig überraschend, denn die G-20 setzt die bewährte Arbeitsweise der G-8 fort. Sherpas bereiten die Gipfelbeschlüsse hinter den Kulissen vor, das eigentliche Gipfelgeschehen konzentriert sich auf wenige hochrangige Entscheidungen: Würden die Europäer weitere Konjunkturpakete versprechen? Würde man sich auf eine scharfe Regulierung der Finanzmärkte einigen können? Wie viel zusätzliche Finanzmittel würde der IWF erhalten?

Und Entscheidungen wurden tatsächlich getroffen. Anders als der Washingtoner Gipfel vom November vergangenen Jahres blieb der Londoner Gipfel nicht bei Deklarationen stehen. Auch wenn nicht alle hochgesteckten Erwartungen erfüllt wurden, so sind doch Beschlüsse herausgekommen, die die Fachwelt positiv überrascht haben:

- Die Mobilisierung von 500 Mrd. US-\$ zur Erhöhung der Kreditkapazität des IWF, sowie zusätzlich eine neue Allokation von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von 250 Mrd. US-\$.
- Die Aufwertung des Financial Stability Forum (FSF) zum Financial Stability Board (FSB) mit einem breiteren Mandat.
- Die Verpflichtung zu strengerer Regulierung der Finanzmärkte einschließlich der Schaffung von Grundsätzen für die Festlegung von Managergehältern im Hinblick auf eine adäquate Berücksichtigung von Risiken.
- Das Versprechen, der schleichenden Zunahme des Protektionismus Einhalt zu gebieten und den Welthandel wieder zu beleben.

Der IWF gilt zu Recht als der große Gewinner des Gipfels. Er wurde finanziell und operational aufgewertet und steht nun nolens volens im Zentrum der Wiederbelebungsversuche für die Weltwirtschaft. Die angestrebte Neuregulierung der Weltfinanzmärkte wird längere Zeit brauchen, bis sie bewerkstelligt ist und naturgemäß



Martin Klein

---

noch länger, bis sie ihre Wirkung entfalten kann. Bis dahin werden sich alle Augen auf den IWF richten. Früher war der politische Druck der reichen Geberländer vor allem darauf gerichtet, die Zugangsbedingungen für IWF-Kredite möglichst hart und restriktiv zu handhaben (daher die traditionelle Rolle des IWF als „bad guy“ in der globalen Finanzwelt), doch nun wird sich der Fonds dem gegenteiligen Druck ausgesetzt sehen. Die Industrieländer – allen voran die USA – erwarten, dass der IWF die neu gewonnene finanzielle Manövriermasse auch tatsächlich einsetzt. Dem dient die neugeschaffene Kreditfazilität, die Flexible Credit Line (FCL), bei der sich ausgewählte Länder erstmals in der Geschichte des IWF ohne wirtschaftspolitische Auflagen (Konditionalität) nach eigenem Gutdünken bedienen dürfen. Dem dient auch die SZR-Allokation, durch die frei verfügbare internationale Liquidität geschaffen wird, auf die jedes IWF-Mitgliedsland (entsprechend seinem Anteil) nach Belieben zugreifen kann. Und dem dient schließlich auch die Vereinbarung, dass Spitzenpositionen bei den internationalen Finanzinstitutionen in Zukunft im Zuge eines transparenten Auswahlverfahrens bestimmt werden sollen. Aus der Sicht der USA dürfte dies mit der Erwartung verbunden sein, die Leitung des IWF endgültig dem traditionellen Zugriffsrecht der Europäer „entrissen“ zu haben.

Die besonders in Europa sehnlich erwarteten Ergebnisse zur Regulierung der Finanzmärkte fallen im Vergleich eher vage aus, obwohl man die Fortschritte gegenüber den bisher eher unverbindlichen Absichtserklärungen nicht klein reden sollte. Immerhin existieren jetzt ein verbindlicher Rahmenplan für die Reformen und eine Institution, bei der die Verantwortlichkeit für die Regulierungsaufgaben angesiedelt wird. Akzeptierte Bestandteile des Regulierungskatalogs sind die makro-prudentielle Aufsicht (Erweiterung der Finanzaufsicht auf die Überwachung von Risiken, die nicht nur einzelne Institute, sondern das gesamte Finanzsystem betreffen), die antizyklische Gestaltung der Eigenkapitalvorschriften, die gleichmäßige Regulierung und Aufsicht bezüglich aller systemwichtigen Finanzinstitute einschließlich Hedgefonds, die gemeinsamen Grundsätze für die Managervergütung sowie die Überwachung der Rating-Agenturen. Die Federführung bei der Umsetzung der Regulierung soll das neu erstandene Financial Stability Board (FSB) übernehmen, das aus dem nach der Asienkrise geschaffenen Financial Stability Forum durch Aufnahme aller Mitgliedsländer der G-20 entsteht. Somit wird auch in der Regulierung die Verantwortlichkeit auf mehr Schultern verteilt, und es werden Länder, die bisher beiseite stehen konnten, in die internationale Pflicht genommen.

Selbstverständlich bleiben auch nach dem Londoner Gipfel zahlreiche offene Fragen und Probleme. Ebenso selbstverständlich ist es, dass Kritik an den Beschlüssen laut wird. Unübersehbar ist z.B., dass den Maßnahmen eine inflationäre Tendenz innewohnt. SZR-Allokationen bewirken direkte Geldschöpfung, sofern sie nicht durch gegengerichtete geldpolitische Manöver neutralisiert werden – was in der gegenwärtigen Gemengelage an den Geldmärkten eher unwahrscheinlich sein dürfte. Auch die Aufweichung der Konditionalität des IWF wirkt in die kreditexpansive, inflationäre Richtung. Doch diese inflationäre Tendenz war gewollt – fürchten doch die USA derzeit nichts mehr als eine Deflationsspirale.

Aus deutscher und aus europäischer Sicht ist entscheidend, dass man sich nun so schnell wie möglich in der neuen Geometrie der globalen Welt einrichtet. Die G-8, in der die USA die sieben Zwerge durch die Welt zu führen pflegten, ist nicht mehr. Man sollte ihr nicht zu sehr nachtrauern. Die kritiklose Imitation der USA durch die Europäer war einer der Gründe für die Weltfinanzkrise, die wir derzeit haben. Also bitte: Nicht an Vergangenes klammern, in die Zukunft blicken!

*Martin Klein lehrt an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
martin.klein@wiwi.uni-halle.de*